

## Inhalt:

**Seite 1:** Die Landtagssitzung vom 3. und 4. September 2009 im Überblick / **Seite 3:** Eigene parlamentarische Initiativen der Fraktion der LINKEN in der Reihenfolge der Tagesordnung / **Seite 5:** Aktuelles aus der Fraktion / **Seite 6:** Aktuelle Terminhinweise / **Seite 6:** Lesetipps

## Die Landtagssitzung vom 3. und 4. September 2009 im Überblick

Auch für diese Landtagssitzung wird im folgenden – in der Reihenfolge des tatsächlichen Ablaufs - nur in sehr knapper Form der jeweilige **Gegenstand und das Beratungsergebnis** dargestellt werden. Es erfolgt zudem eine Konzentration auf die aus Sicht der Redaktion wichtigsten Tagesordnungspunkte. Eigenständige Anträge der LINKEN finden hier **keine Berücksichtigung**, sie werden gesondert vorgestellt.

Einen **vollständigen Überblick** zu den Beratungsergebnissen bietet wie immer die [kommentierte Tagesordnung](#) auf der Seite des Landtags. Die **Verlinkung** des jeweiligen Tagesordnungspunktes verweist im übrigen in der Regel auf genau diese Seiten.

Hier sind auch alle **Originalredebeiträge** als **Videoclip** zugänglich, der Verweis auf das jeweilig Redemanuskript liefert oft eine etwas abweichende Darstellung, es gilt in jedem Falle das gesprochene Wort.

Zumindest ein **Alleinstellungsmerkmal** weist diese Landtagssitzung jedenfalls auf: Die Reihenfolge der Behandlung der einzelnen Tagesordnungspunkte wechselt beständig, da aus Stau- oder vergleichbaren Gründe die richtigen Leute gerade immer nicht da sind ...

Und so beginnt der Tag mit der Behandlung des [Entwurfs eines Zweiten Gesetzes zur Änderung der Gemeindeordnung und weiterer Vorschriften \(Drs. 5/2085\)](#), vorgelegt von der Landesregierung, es geht um das kommunale Haushalts- und Rechnungswesen.

Der kommunalpol. Sprecher der LINKEN **Gerald Grünert** ([s. Redemanuskript](#)) beklagt die ständigen Veränderungen kommunalrechtlicher Vorschriften: „Nun weiß ich nicht, wer den behördlichen Wettbewerb zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften im Innenministerium leitet, offensichtlich jedoch niemand, sonst wären diese notwendigen Anpassungen bereits im Mai mit beraten und in die Beschlussempfehlung eingeflossen. Nunmehr bleibt festzustellen, dass die Neuveröffentlichung der Gemeinde- und Landkreisordnung mit ihrem Erscheinen bereits obsolet ist. Diese Situation hatten wir bereits 2002, 2006 und nun wiederum.“ Mit den Stimmen aller Fraktionen wird der Gesetzentwurf zur weiteren Beratung in den Innenausschuss des Landtages überwiesen.

Die Landesregierung präsentiert den [Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag über die Einrichtung eines nationalen Mechanismus aller Länder nach Artikel 3 des Fakultativprotokolls vom 18. Dezember 2002 zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe \(Drs. 5/2159\)](#).

Die innen und rechtspol. Sprecherin der LINKEN **Gudrun Tiedge** ([s. Redemanuskript](#)) betont: „Es gibt kein höheres Gut als das menschliche Leben und die körperliche Unversehrtheit. Aus diesem Grund ist das Verbot der Folter ausnahmslos und unmissverständlich. ... Ein Aufweichen würde nicht nur gegen nationales und internationales Recht verstoßen, sondern wäre für die Demokratie und den Rechtsstaat kreuzgefährlich.“

Nun sollte es im Hohen Haus Einigkeit hinsichtlich der Ablehnung von Folter geben, und das ist wohl auch so. Trotzdem entspinnt sich eine heftige Debatte, ausgelöst von Zwischenrufen.

So bringt **Gudrun Tiedge** von der LINKEN auf eine entsprechende Frage ihres Kollegen Scharf von der CDU Bundesinnenminister Schäuble mit dem Problem Folter in Verbindung. Der hatte einst gefordert, auch Informationen aus Ländern zu nutzen, in denen vermutlich gefoltert wird (s. auch [hier](#)). Der Abgeordnete **Scheurell** von der CDU fand es seinerseits „schade“, dass ein hohe Kölner Polizeibeamter eben wegen seiner Position zur Folter vom Dienst suspendiert wurde. Herr Scheurell will dann klarstellen, dass er eigentlich habe sagen wollen, es sei schade, dass es so weit kommen musste. Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN **Wulf Gallert** bemerkt dazu, hier sehe man, wie die Grauzonen sich auch in die Politik hinein begäben. Deswegen sei diese Diskussion auch im Landtag wichtig, ohne dass permanent gegenseitig Unterstellungen zugewiesen würden, die überhaupt nicht ausgesprochen wurden. Alle Fraktionen stimmen einer Überweisung in die zuständigen Ausschüsse zu.

Mit einer **Aktuellen Debatte** will die FDP das [Bundesverfassungsgerichtsurteil zum Lissabon-Vertrag \(Drs. 5/2164\)](#) thematisieren. Die fortschreitende europäische Integration habe auch auf die Landesgesetzgebung maßgeblichen Einfluss, beispielsweise den Bereichen Schule, kommunale Selbstverwaltung sowie dem Bereich der Daseinsvorsorge.

Der europapol. Sprecher der LINKEN **Harry Czeke (s. Redemanuskript)** unterstreicht die Positionen seiner Partei: „Wir fordern, dass die Bundesregierung prinzipiell an die Stellungnahmen des Bundestags gebunden sein muss. ... Wenn das Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht „kastriert“ werden soll, ... muss es außerdem einen völkerrechtlich verankerten Vorbehalt der Bundesrepublik zum Lissabon-Vertrag geben. ... Die Linke fordert in ihrem Gesetzentwurf Volksentscheide bei Grundgesetzänderungen, die sich aus EU-Vertragsänderungen ergeben.“ Der Lissabon-Vertrag lege keine ausreichende Grundlage für ein soziales, demokratisches und friedliches Europa, Die EU brauche eine Verfassung, die allen Bürgerinnen zur Antstimmung vorgelegt wird.

Beschlüsse werden bei Aktuellen Debatten nicht gefasst.

Fast ein Jahr zuvor hatte DIE LINKE die [Inanspruchnahme der EU-Schulmilchbeihilfe und des EU-Schulobstprogramms \(Drs. 5/1538\)](#) gefordert, nun liegt die Beschlussempfehlung des zuständigen Ausschusses ([Drs. 5/2128](#)) vor.

Der europapol. Sprecher der LINKEN **Harry Czeke (s. Redemanuskript)** bemerkt dazu: „Jetzt stehen wir am Ende der Debatte und stellen ... fest: Die Mittel für die Abwrackprämie betragen 5 Milliarden €, aber 20 Millionen €, um dieses Programm zu kofinanzieren, sind nicht da. Wie arm muss das Land denn tatsächlich sein? Außer, dass wir darüber gesprochen haben, hat sich nichts verändert. Nicht ein Kind nimmt zusätzlich an dem Schulmilchprogramm teil. ... Im letzten Jahr ist dieser Antrag eingebracht worden und wir lamentieren und diskutieren noch immer.“

Bemerkenswert ist die Sicht von **Minister Daehre** auf das Problem: Er fordert angesichts moderater Obstpreise die Vorbildwirkung in den Familien, vielleicht könnten ja der Vater auf ein Glas Bier und die Mutter auf ein Glas Sekt verzichten, dann sei das Problem auch gelöst.

Dennoch findet die umfangliche [Beschlussempfehlung](#) die Zustimmung aller Fraktionen.

Angesichts wachsender Probleme auf diesem Gebiet hatte DIE LINKE im Mai 2009 [Obergrenzen für Tierbestandskonzentrationen \(Drs. 5/1943\)](#) gefordert. Der Ausschuss für Landesentwicklung und Verkehr hat dazu eine Beschlussempfehlung ([Drs. 5/2160](#)) vorgelegt, sie empfiehlt statt genereller Grenzenfestlegung die Einzelfallprüfung und -entscheidung.

Dazu der raumordnungspol. Sprecher der LINKEN **Dr. Uwe-Volkmar Köck (s. Redemanuskript)**: „Je größer die Tierkonzentration, desto gewichtiger werden die raumordnerischen Aspekte bei der Beurteilung der Genehmigungsfähigkeit ... Eigentlich müsste die Genehmigung von einer volkswirtschaftlichen Grenzkostenrechnung abhängig gemacht werden. Dem Unternehmer kann seine rein betriebswirtschaftliche Denkweise nicht vorgehalten werden. Politiker und staatliche Stellen aber müssen eine gesamtgesellschaftliche Sicht bewahren.“ Noch könne man notwendige Klärungen vor sich herschieben, bis ökologische Gründe zu solchen Reglementierungen wie in den Niederlanden zwingen. So weit sollte es aber nicht kommen. Bei Enthaltung der FDP und Teilen der LINKEN wird der [Beschlussempfehlung](#) mehrheitlich gefolgt.

Damit ist der erste Sitzungstag beendet.

Die Landesregierung legt den [Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der EG-Dienstleistungsrichtlinie in Sachsen-Anhalt \(Drs. 5/2158\)](#) vor, es geht u.a. um den Abbau bürokratische Schranken für Dienstleister und die Erleichterung des grenzüberschreitenden Handels mit Dienstleistungen.

Der europapol. Sprecher der LINKEN **Harry Czeke (s. Redemanuskript)** erklärt dazu: „Für DIE LINKE ist die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie ... nicht nur ein formal-technischer Akt. Wir begeistern uns nicht für den möglichst ungehemmten Zugang ausländischer Dienstleistungserbringer, d.h. befreit von sozialen,

tariflichen und ökonomischen Mindeststandards. Oder den ungehinderten grenzüberschreitenden Zugang einheimischer Unternehmen – wobei noch fraglich ist, ob und wie viele hiesige KMU von der Richtlinie profitieren. Wir sorgen uns um die ArbeitnehmerInnen hierzulande und in der EU. Deren Löhne und Rechte könnten durch die Umsetzung der Richtlinie bedroht ...“ Eine Gesetzesfolgenabschätzung sei unbedingt erforderlich.

Einer Überweisung in die zuständigen Ausschüsse stimmen alle Fraktionen zu.

Diesmal ging es ausgesprochen schnell, DIE LINKE hatte im Juni 2009 eine [Perspektivische Wirtschaftspolitik - wirksam und nachhaltig \(Drs. 5/2008\)](#) gefordert, und die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit ([Drs. 5/2152](#)) liegt bereits zur Abstimmung vor. Die Landesregierung soll aufgefordert werden, vor dem Hintergrund der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise über die aktuelle Situation im Bereich der Wirtschafts- und Investitionsförderung zu berichten.

Ganz so lapidar wie dieser Text ist die Angelegenheit für den wirtschaftspol. Sprecher der LINKEN **Dr. Frank Thiel** ([s. Redemanuskript](#)) denn doch nicht: „Eigentlich ist generell die Frage der Gemeinschaftsaufgabe Ost noch einmal neu zu diskutieren. Denn das Drehen an den Stellschrauben ersetzt nicht diese Debatte. Wenn im 36. Rahmenplan festgelegt ist, dass Investitionen über die GA vor allem dazu führen sollen, dass als Primäreffekt zusätzliche Einkommen in den Regionen erzielt werden und dass als Sekundäreffekt eine entsprechende Nachfrage bei Handwerkern und Dienstleistern ausgelöst wird, dann kann man nicht stillschweigend darüber hinweggehen und sagen: Wir stützen auch Investitionen, die keinen Aufbau von Arbeitsplätzen gewährleisten, sondern die nur eine Stabilität bringen.“ Deswegen habe DIE LINKE schon mehrfach gefordert, dass nicht die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit einzelner Unternehmen im Mittelpunkt staatlicher Förderpolitik stehen solle, sondern die Stärkung des Standortes als Wettbewerbsfaktor, und zwar mit allen Konsequenzen hinsichtlich Investitionen in Infrastruktur und sparsamen Ressourceneinsatz, aber auch in Fragen der Aus- und Weiterbildung.

Der [Beschlussempfehlung](#) des Ausschusses folgen alle Fraktionen, damit ist die Sachse beschlossen.

## Eigene parlamentarische Initiativen der Fraktion der LINKEN

Der Bericht zu den parlamentarischen Initiativen der LINKEN erfolgt in der Reihenfolge der [Tagesordnung](#) für diese Landtagssitzung.

### TOP 01 b): Die Trägerlandschaft in Sachsen-Anhalt für die Zukunft sichern ([Drs. 5/2165](#))

Mit dieser [Aktuellen Debatte](#) beginnt zugleich der zweite Sitzungstag. In der Antragsbegründung verweist DIE LINKE auf den Aufruf „In Vielfalt investieren - die Trägerlandschaft in Sachsen-Anhalt für die Zukunft sichern“, hier haben unterschiedlichste Träger der sozialen Infrastruktur, aus dem Bereich der Demokratieentwicklung und der Unterstützung des Ehrenamtes ein Positionspapier verfasst, das grundsätzliche Fragen der Ausrichtung der Landespolitik berührt. Die Autoren dieses Papiers hätten einen berechtigten Anspruch darauf, dazu die Positionen der Landesregierung und der Fraktionen zu erfahren.

Der Vorsitzende der Fraktion der LINKEN **Wulf Gallert** ([s. Redemanuskript](#)) stellt fest: „Das Strategiepapier des Finanzministers machte im Juni auf das Dilemma aufmerksam, dass trotz einer dort vorgeschlagenen rigiden Kürzungsstrategie, die in fast allen Bereichen der Landespolitik substanzielle Einschnitte bedeutet hätte, eine Neuverschuldung von über 1,1 Mrd. Euro für die beiden Haushaltsjahre 2010 und 2011 unumgänglich ist. ... Auf eben dieses Dilemma macht uns dieser Aufruf der unterschiedlichen Institutionen aufmerksam. Ich zitiere: ‚Mit den in der Landesregierung diskutierten Kürzungen wird die Axt ans Fachwerk der Gesellschaft in Sachsen-Anhalt gelegt: So wird fachliche Kompetenz vernichtet und dem bürgerschaftlichem Engagement, einer lebendigen Zivilgesellschaft und einer notwendigen Beratungsinfrastruktur die Grundlage entzogen.‘“

**Finanzminister Bullerjahn** bemerkt, zur Gesamtheit dieser gehöre auch, den Leuten nichts vorzumachen und zu sagen, das Problem sei allein mit mehr Steuern zu lösen. Genauso falsch sei es zu sagen, das Problem löse sich mit weniger Steuern. Man werde sich der Diskussion über die Ausgaben auch bei den Trägerstrukturen stellen müssen, es ginge um langfristige Lösungen.

Eine Beschlussfassung erfolgt hier nicht.

## TOP 11: Kooperation gymnasialer Oberstufen

([Drs. 5/2153](#), [Drs. 5/2168](#))

Mit dem [Antrag](#) wird gefordert, dass auch gemeinsame Oberstufen verschiedener zum Abitur führender Schulen möglich sein sollen. Die Landesregierung soll aufgefordert werden, Regelungen vorzusehen, die es ermöglichen, dass Gymnasien, Fachgymnasien sowie Gesamtschulen in kooperativer und in integrativer Form gemeinsame gymnasiale Oberstufen in Kooperation führen können. Diese Möglichkeit soll ausdrücklich auch dann eingeräumt werden, wenn die Mindestschülerzahl für die gymnasiale Oberstufe an der Einzelschule nicht erreicht wird, durch eine Kooperation mit einer an einer anderen zum Abitur führenden Schule geführten gymnasialen Oberstufe diese Mindestschülerzahl aber stabil erreicht werden kann.

Dazu erläutert die bildungspol. Sprecherin der LINKEN [Jutta Fiedler \(s. Redemanuskript\)](#): „... gerade kleine Gymnasien, die in Kl. 5 durch den starken Zustrom von Schülern durchaus bestandssicher sind, könnten es ab Kl. 10 nicht mehr sein. Dann droht die Schließung des Gymnasiums bzw. der Gesamtschule, und damit sind weite Schulwege bereits ab Kl. 5 auch für Gymnasiasten vorprogrammiert. Wenn also die in der Oberstufe nicht bestandssicheren Schulen kooperieren könnten, müssten kleine Gymnasien nicht geschlossen werden und es gäbe es wohnortnahe Gymnasien zumindest für die Zehn- bis Fünfzehnjährigen.“ Zudem könne die gymnasiale Oberstufe in höherer Qualität gestaltet werden, wenn sie in Kooperation mit einer anderen Schule liefere.

CDU und SPD legen einen [Änderungsantrag](#) vor, die Landesregierung möge einmal erklären, wie das alles funktionieren könne und im zuständigen Ausschuss Bericht erstatten.

Mit den Stimmen der Koalition und der LINKEN wird der Änderungsantrag angenommen, die FDP lehnt das ab.

## TOP 12: Gemeinsame Leitlinien der Länder zur Deckung des Lehrkräftebedarfs - Vereinbarung der 326. Plenartagung der Kultusministerkonferenz am 18. Juni 2009 in Berlin

([Drs. 5/2154](#))

In der Begründung zum [Antrag](#) der LINKEN heißt es: „Die Sicherung des Lehrkräftebedarfs ist nach Auffassung der einbringenden Fraktion eine entscheidende landespolitische Aufgabe. Angesichts der gegebenen Alterstruktur der Lehrerschaft und der absehbaren demografischen Entwicklung in Sachsen-Anhalt erfordert die Erfüllung dieser Aufgabe in den nächsten Jahren besondere Anstrengungen. Die Analysen und Einschätzungen der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder (KMK) weisen darauf hin, dass in der gesamten Bundesrepublik auf diesem Gebiet eine angespannte Situation besteht bzw. eintreten wird. In diesem Kontext versteht die Fraktion DIE LINKE auch die auf der 326. Plenartagung der KMK vereinbarten Gemeinsamen Leitlinien. Die darin eingegangenen Verpflichtungen erfordern unverzügliches Handeln. Die notwendigen Entscheidungen berühren unmittelbar oder mittelbar den kommenden Doppelhaushalt.“

[Matthias Höhn \(s. Redemanuskript\)](#), bildungspol. Sprecher der LINKEN, betont hierzu: „Allerdings müssen wir auch konstatieren, dass die Entscheidungen der Landesregierung und auch die haushalterischen Festlegungen, die wir als Landtag in den letzten Jahren dazu getroffen haben, diese Problematik nur in einer völlig unzureichenden Art und Weise abbilden. Was wir erleben, ist, dass man angesichts der Herausforderungen im Wesentlichen den Kopf in den Sand steckt und die Probleme in die Zukunft verlagert, eine Zukunft, von der nun alle behaupten, dass der Handlungsspielraum noch deutlich kleiner sein wird, als er es im Moment ist. Aus meiner Sicht sieht Generationengerechtigkeit anders aus.“ Die Koalition behaupte gerne, sie würde finanzpolitische Vorsorge für die nächste Generation treffen. Ganz abgesehen davon, dass deren Finanz- und Haushaltspolitik zutiefst widersprüchlich sei - siehe Schuldenverbot in Zeiten höchster Neuverschuldung -, diese Politik mag alles mögliche sein, vorsorgend sei sie nicht.

Aus Sicht von [Kultusminister Olbertz](#) werde an der Problematik fleißig gearbeitet, man werde den Landtag fristgerecht unterrichten.

CDU, SPD und FDP lehnen den Antrag einhellig ab.

## TOP 13: Förderung benachteiligter Jugendlicher im Bereich der beruflichen Bildung

([Drs. 5/2155](#))

Mit dem [Antrag](#) wird die Landesregierung aufgefordert, ein Konzept vorzulegen, wie im Bereich der beruflichen Bildung Jugendliche mit Benachteiligungen erfolgreich auf eine Ausbildung, die zu einem Berufsabschluss führt, vorbereitet werden können.

Der berufsbildungspol. Sprecher der LINKEN [Hans-Joachim Mewes \(s. Redemanuskript\)](#) erläutert: „Die enge Vernetzung von berufsvorbereitenden Angeboten mit den Maßnahmen der betrieblichen Praxis sind

der richtige Ansatzpunkt. Dabei müssen die Ausbildungsmotivation und die sozialen Kompetenzen der Jugendlichen gestärkt werden. Darüber hinaus gilt es, Kenntnisse und Fähigkeiten in den so genannten „Kernfächern“ weiter zu festigen bzw. die Defizite abzubauen. ... Von einem Konzept der Landesregierung erwarten wir, die „Bündelung“ der Instrumente und Projekte, die es den jungen Menschen ermöglichen ein selbstbestimmtes Leben führen zu können.“

Zumindest die Problemsicht ist bei allen Fraktionen des Hohen Hauses vorhanden, man will darüber weiter reden, und so erfolgt eine Überweisung in den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit sowie in die Ausschüsse für Bildung, Wissenschaft und Kultur und für Soziales.

## TOP 14: Beitrag des Landes Sachsen-Anhalt zur Qualifizierungsinitiative für Deutschland ([Drs. 5/2156](#), [Drs. 5/2167](#))

In der Begründung zu dem [Antrag](#) wird u.a. betont: „Für die Fraktion DIE LINKE zählen Bildung, Qualifizierung und Wissenschaft in besonderem Maße zu solchen Schwerpunkten, da sie unverzichtbar sind für die Gesamtentwicklung des Landes, für soziale Chancengleichheit, für Demokratie und Kultur. Die Fraktion DIE LINKE sieht daher bestehende Defizite und Unterfinanzierungen in Bildung und Wissenschaft sowie Debatten um Kürzungen auf diesen Gebieten mit Sorge. Mit solchen Kürzungen können Zukunftschancen für Sachsen-Anhalt nachhaltig gefährdet werden. Schon die öffentliche Diskussion solcher Vorschläge ist geeignet, den Ruf Sachsen-Anhalts als Bildungs- und Wissenschaftsstandort zu gefährden.“

Der bildungspol. Sprecher der LINKEN **Matthias Höhn** ([s. Redemanuskript](#)) verweist auf den Kern des Problems: „Die Qualifizierungsinitiative des vergangenen Jahres war überschrieben mit „Aufstieg durch Bildung“. Ein Bildungssystem darf soziale Unterschiede - wenn wir über Aufstieg reden, reden wir auch über soziale Unterschiede - nicht vertiefen oder sogar vererben, es muss dabei helfen, diese zu überwinden. Das ist dann Aufstieg. Davon sind wir leider noch ein ganzes Stück entfernt.“

CDU und SPD fordern in einem [Änderungsantrag](#), die Landesregierung möge doch zunächst im Rahmen der Haushaltsberatungen dem zuständigen Ausschuss Bericht erstatten.

Diesem Änderungsantrag wird gefolgt.

Die Positionen der Fraktion zu parlamentarischen Initiativen anderer Fraktionen bzw. der Landesregierung können jeweils in den [Redebeiträgen der Abgeordneten](#) auf der [Homepage](#) der Fraktion nachgelesen werden:

- [Landtagssitzung ab 2009](#)
- [frühere Landtagssitzungen](#)

Und hier: das offizielle [Wortprotokoll des Landtages](#)

## Aktuelles aus der Fraktion der LINKEN:

### Pressemitteilungen

Auf der [Homepage](#) der Fraktion sind die alle **Pressemitteilungen** der letzten Jahre zu finden:

- [Pressemitteilungen seit Januar 2008](#)
- [ältere Pressemitteilungen](#)

### Leitbild zur räumlichen Gliederung der Öffentlichen Daseinsvorsorge in Sachsen-Anhalt

Die in der Broschüre angekündigte Homepage ist nun ebenfalls zugänglich, die Seite soll zum Informations- und Diskussionsportal in Sachen Landesentwicklungsplanung entwickelt werden.:

<http://www.sachsen-anhalt-liebenswert.de/>

### DIE LINKE im Bildungskonvent

Informationen sind hier zu finden: <http://www.bildungskonvent-dielinke.de/>

## Aktuelle Termine, und Veranstaltungshinweise:

- Samstag, 12. September 2009, Berlin  
[„Freiheit statt Angst“](#) / bundesweite Demonstration
- Donnerstag, 24. September 2009  
Zentrale Wahlveranstaltungen der LINKEN Sachsen-Anhalt in [Halle \(16.00 Uhr, Marktplatz\)](#) und [Magdeburg \(19.00 Uhr, Biergarten Mückenwirt\)](#)
- Sonntag, 27. September 2009  
Bundestagswahl, Landtagswahlen in Brandenburg und Schleswig-Holstein

### Weitere Veranstaltungstermine:

- <http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/nc/politik/termine>
- <http://die-linke.de/nc/wahlen/termine/>
- [http://www.linksfraktion.de/termine\\_der\\_fraktion.php](http://www.linksfraktion.de/termine_der_fraktion.php)
- <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=veranstaltungen>
- <http://www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen-anhalt.de/html/veran/Kurztitel.htm>
- <http://www.kf-lsa.de/ms-home1.htm>

## Lesetipps:

<a href="#">Lafontaine und die groteske Kampagne der Medien</a>	<a href="#">Abzug aus Afghanistan</a>
<a href="#">Lafontaines Erfolg</a>	<a href="#">Das Machiavelli-Paradox</a>
<a href="#">Landtagswahlen beflügeln Linkspartei</a>	<a href="#">Es gibt eine Rebellion</a>
<a href="#">Reichtum für alle</a>	<a href="#">CDU-Absturz</a>
<a href="#">Über Politik und Moral vor dem Zweiten Weltkrieg</a>	<a href="#">Manch' Lesenswertes</a>

Der Download dieser und früherer Ausgaben im PDF-Format ist [hier](#) möglich!

### Impressum:

Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt, Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg  
Telefon: 0391/ 560 50 03 / Telefax: 0391/ 560 50 08 / Email: [fraktion@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de](mailto:fraktion@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de)  
Redaktion: Dr. Thomas Drziska (V.i.S.d.P.), Email: [drziska@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de](mailto:drziska@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de)



**Immer lesenswert!**